

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 24.02.2005 um 18.25 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Baier
Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadtrat Heisel
Stadträtin Heisel
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene
Stadtrat Dr. Kröckel
Stadtrat Mahlmeister

CSU-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Böhm
Stadtrat Lux
Stadtrat Rank
Stadträtin Schwab
Stadtrat Straßberger
Stadtrat Weiglein

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy
Stadtrat Ley
Stadtrat Lorenz
Stadtrat May (ab 20.03 Uhr, Ziffer 12)
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt

FBW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag
Stadträtin Wachter
Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad
Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

Berufsmäßige Stadträte:

Stoppel
Rodamer
Groß

Berichterstatter:

Amtsrat Hartner
Dipl.-Ing. Lepelmann
Amtsrätin Erdel

Protokollführer: Verwaltungsfachangestellter Müller

Entschuldigt fehlten:

2. Bürgermeisterin Gold
Stadtrat Jeschke

Stadtrat Schardt
Stadträtin Stocker
Stadtrat Müller

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

1. Haushalts-Konsolidierung:

Gründung einer Kultur-GmbH (CSU-Antrag vom 24.04.2004)

A. Amtsrat Hartner geht kurz auf den Sachverhalt ein und verliest dazu den Antrag der CSU-Fraktion. Die Verwaltung ist der Meinung, keine Kultur-GmbH zu gründen. Die Diskussion im Kulturausschuss hat die Auffassung der Verwaltung dahingehend bekräftigt.

Oberbürgermeister Moser weist nochmals darauf hin, dass der Hauptgrund bei der Bildung einer GmbH, die Erzielung eines Gewinnes darstellt. Da diese Kultureinrichtungen allesamt defizitär sind, macht es wenig Sinn, in diesem Bereich eine GmbH zu gründen.

Stadträtin Dr. Endres-Paul als Kulturreferentin, äußert sich, wie bereits im Kulturausschuss vorgetragen, sehr negativ zur Gründung einer Kultur-GmbH. Der Gesamtstadtrat gibt sich viele Kompetenzen aus der Hand. Außerdem habe man bei der Gründung der Stadtbetriebe-GmbH sehen können, welcher Aufwand mit der Gründung verbunden ist.

B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

a. SPD-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene schließt sich den Äußerungen von Stadträtin Dr. Endres Paul an und ist gegen eine Kultur-GmbH.

b. CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein zieht aufgrund dem Vorgetragenen den Antrag zurück.

c. UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt ist gegen die Gründung einer Kultur-GmbH.

d. FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wachter schließt sich der Verwaltungsmeinung an.

e. KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp spricht gegen die Gründung einer Kultur-GmbH aus.

f. ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt schließt sich ihren Vorrednern an.

C. Oberbürgermeister Moser teilt mit, dass aufgrund des zurückgezogenen Antrags der CSU-Fraktion kein Beschluss gefasst werden muss und somit die Gründung einer Kultur-GmbH nicht vorgesehen ist.

D. **Ohne Abstimmung**

Die Bildung einer Kultur-GmbH für die städtischen Kultureinrichtungen wird nicht weiter angestrebt.

2. Budgetierte Einrichtungen:

Entscheidung über die Einsparungsvorschläge zur künftigen Budgetfestsetzung

A. Stadträtin Dr. Endres-Paul als Kulturreferentin kritisiert, dass es sehr einfach ist, das Haushaltsloch über die freiwilligen Leistungen an die kulturellen Einrichtungen, die allesamt Budgetiert sind, zu decken. Sie zählt die kulturellen Einrichtungen zu den weichen Standort-Faktoren der Stadt Kitzingen, die wichtig sind um neue Bürger nach Kitzingen zu bekommen. Sie meint, dass an Sachmitteln nicht mehr gespart werden kann, so dass es hauptsächlich über Personalkosten geschehen wird, was dann die Schließung als letzte Konsequenz übrig lässt. Abschließend betont sie, dass die kulturellen Einrichtungen wichtig für das Leben und das Wachstum in Kitzingen sind und sie stellt die Bitte an ihre Stadtratskolleginnen- bzw. kollegen, Kürzungen unter Beachtung ihres Vortrag vorzunehmen.

Stadträtin Dr. Endres-Paul weist außerdem darauf hin, dass sich die Kultureinrichtungen der Stadt Kitzingen am kommenden Samstag, 26.02.05 am Marktplatz mit einer Infoveranstaltung vorstellen werden.

Oberbürgermeister Moser teilt mit, dass die Verwaltung der Meinung ist, nicht pauschal alle Kultureinrichtungen zu kürzen, sondern auf jede individuell einzugehen. Dies entspricht Alternative 4 im Beschlusssentwurf.

B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

a. SPD-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene ist der Meinung, dass jede Einrichtung anders gestaltet ist und daher jede Einrichtung ihre Eigenart besitzt. Eine pauschale Kürzung findet er daher nicht sachgerecht und schließt sich der Verwaltungsmeinung an.

b. CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein ist für die Alternative 4, da jede Einrichtung einen konkreten Vorschlag gemacht hat. Er bittet zu bedenken, dass der Stadtrat für den Gewerbesteuer-Einbruch nichts könne und daher die Stadt Kitzingen gezwungen ist, in allen Bereichen zu sparen. Die Kürzung sollte aber bei jeder Einrichtung im Rahmen ihrer Möglichkeiten sein.

c. UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt spricht sich ebenso für eine individuelle Anpassung aus. Das Ziel der UsW ist es zwar die Einrichtungen zu sichern, jedoch müssen, um den Haushalt rechtfertigen zu können, überall finanzielle Rückschritte gemacht werden.

d. FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wachter spricht sich für die Alternative 4 und für den Erhalt der kulturellen Einrichtungen aus. Sie findet aber auch, dass in Bereichen, bei denen eine Kürzung umsetzbar ist, dies durchgesetzt werden sollte.

e. KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp spricht sich für die Alternative 4 aus.

f. ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt empfindet die Alternative 4 als Vorgehensweise für sinnvoll.

C. **Mit 25: 0 Stimmen**

Es verbleibt bei der bisherigen Regelung wonach die Budgets um die jährlichen tariflichen und strukturellen Steigerungen angepasst werden, soweit ein Ausgleich über Einnahmeverbesserungen oder Ausgabeersparungen nicht möglich ist. Für jede Einrichtung ist jedoch ein konkreter Vorschlag zur Einsparung von Kosten vorzulegen.

3. Festlegung der Budgethöhen für 2005

- A. Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass in Zeiten geringer Einnahmen, die unverschuldet die Stadt Kitzingen treffen, man trotzdem handlungsfähig bleiben müsse. Dazu gehört auch, einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen zu können. Dies bedeutet auch, dass bei den freiwilligen Leistungen (kulturellen Einrichtungen) eine angemessene Kürzung nötig wird. Das Ziel der Verwaltung bzw. des Stadtrats ist es nicht, die Einrichtungen zu schließen, sondern diese trotz der Einsparungen aufrecht zu erhalten. Er richtet die Bitte an die Betroffenen, dies zu beachten. Hinsichtlich der Vorgehensweise schlägt Oberbürgermeister Moser vor, die Stellungnahmen der Fraktionen bzw. Gruppen anzuhören und anschließend - aufgrund des Umfangs - ohne Diskussion abzustimmen.
- B. Budget der Stadtjugendpflege
- a. Stadtrat Rank als stellv. Referent für Familie und Jugend bezeichnet die Jugendarbeit der Stadt Kitzingen als vorbildlich. Die dezentralen Jugendtreffs finden große Zustimmung und die Gründung des Jugendstadtrates ist ebenso ein positives Zeichen. Aufgrund des Haushalts sieht er aber eine Kürzung von 3 % als notwendig an. Hiermit ist jedoch die Grenze des Möglichen erreicht.
- b. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:
- a) SPD Stadtratsfraktion:
Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene teilt mit, dass die SPD geteilter Meinung ist. Er hat den Sachvortrag von Frau Elzenbeck in der Finanzausschusssitzung für zu dramatisch empfunden. Er ist der Meinung, dass eine geringe Kürzung notwendig ist, er aber auch weiß, dass eine Kürzung die Stadtjugendpflege in der Handlungsfähigkeit treffen wird.
- b) CSU-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Weiglein: Laut der Stellungnahme von Stadtrat Rank ist die CSU für eine 3 %ige Kürzung.
- c) UsW-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Schmidt teilt mit, dass die UsW getrennt abstimmen wird. Die Stadtjugendpflege macht zwar gute Arbeit, eine Kürzung wird jedoch auch in diesem Bereich notwendig sein. Er hält eine Kürzung von 3 % für tragbar.
- d) FBW-Stadtratsfraktion:
Stadträtin Wachter ist für das vorgeschlagene Budget, inklusive die tarifliche Gehaltserhöhung von 1 %, eine neuer Jugendtreff wird errichtet und inklusive die Stelle des Netzwerklers.
- e) KIK-Stadtratsgruppe:
Stadtrat Popp ist für das vorgeschlagene Budget.
- f) ödp-Stadtratsgruppe:
Stadträtin Schmidt hält es für den falschen Weg in diesem Bereich zu kürzen und stimmt für das Budget im vollen Umfang.

- c. Frau Elzenbeck erläutert nochmals kurz, dass im Jahr 2005 viele Veranstaltungen geplant sind, wofür bereits einige Ausgaben getätigt wurden. Eine Kürzung würde sie daher sehr treffen.

Isabel Broller als stellv. Jungendbürgermeisterin nimmt kurz zum Kürzungsvorhaben Stellung.

Von Stadtrat Ley ergeht an Frau Elzenbeck die Kritik, dass sie viele vertragliche Verpflichtungen eingegangen ist, obwohl die finanzielle Situation nicht abschließend geklärt war. Frau Elzenbeck mit der Unterstützung von Amtsrat Hartner erwidert, dass mit dem Grundsatzbeschluss aus 2003 die Gelder zur Verfügung standen und zur Durchführung der Veranstaltungen eine langfristige Planung notwendig ist.

d. **Mit 9 : 16 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Gesamtbudgetsumme für die städtische Jugendpflegearbeit wird für 2005 auf 201.010,00 € festgelegt.

- e. Stadtrat Schmidt stellt den Antrag das Budget im Jahr 2005 um 1,5 % zu kürzen.

Außerdem möchte er wissen, weshalb es nicht möglich ist die Budgetberatungen bereits im November durchzuführen, um somit den Einrichtungen eine Planungssicherheit für das Folgejahr zu geben.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass es sinnvoll ist die Rechnungsergebnisse der einzelnen Budgets abzuwarten, welche frühestens im Februar vorliegen und man sich daher im Zeitrahmen befinde.

f. **Mit 15 : 10 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Gesamtbudgetsumme für die städtische Jugendpflegearbeit wird für das Jahr 2005 auf 198.000,00 € (1,5 % Kürzung) festgelegt.

C. Budget der Alten Synagoge

a. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

a) SPD Stadtratsfraktion:

Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene sieht keine Möglichkeit bei einem solch kleinen Budget eine Kürzung vorzunehmen. Da die Veranstaltungen sehr gut angenommen werden und die Besucher anschließend die Gastronomie in Kitzingen aufsuchen ist er für keine Kürzung.

b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein ist für eine Kürzung von 3 %. Er bezeichnet das Hauptproblem für alle Bereiche, dass die Einnahmen nicht gesteigert werden können. Einen ausgeglichenen Haushalt wird man nicht mit Kürzung der Ausgaben erreichen, dies ist nur über Steigerung der Einnahmen möglich.

c) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt sieht es zwecks der Einnahmen ähnlich wie die CSU. Die UsW strebt eine 10 %ige Kürzung an. Im Jahr 2005 hält er 6 % für sinnvoll und für 2006 eine Kürzung der restlichen 4 %.

d) FBW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag ist für eine Kürzung von 3 %. Bei Veranstaltungen die dadurch wegfallen, soll versucht werden, die defizitärsten zu streichen. Als Einnahmesteigerung schlägt er höhere Eintrittspreise bzw. günstigere Dozenten vor. Stadträtin Dr. Endres-Paul weist unmittelbar daraufhin, dass die Eintrittspreise bereits erhöht worden sind.

e) KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp ist in diesem Bereich für keine Kürzung.

f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt schließt sich ihrem Vorredner an.

b. **Mit 8 : 17 Stimmen**

Für die Alte Synagoge wird ein Budget in Höhe von 62.500,00 € (inkl. 1,5 % Personalkostensteigerung) festgelegt.

c. **Mit 22 : 3 Stimmen**

Für die Alte Synagoge wird ein Budget in Höhe von 60.625,00 € (Kürzung um 1.875,00 € = 3 % Kürzung) festgelegt.

D. Budget der Volkshochschulea. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:a) SPD Stadtratsfraktion:

Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene ist für den Vorschlag von Frau Küspert, die Einsparung durch den Wegfall der Halbtagskraft zu bewirken. Dies entspricht einer Kürzung von 3 %.

b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein ist für eine Kürzung von 3 %.

c) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt spricht sich für eine Kürzung von 6 % aus.

d) FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wachter ist für eine 3 %ige Kürzung.

e) KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp ist für die Beibehaltung der bisherigen Budgetsumme.

f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt möchte keine Kürzung in diesem Bereich.

b. **Mit 5 : 20 Stimmen**

Für die vhs wird ein Budget in Höhe von 204.370,00 € (inkl. 1,5 % Personalkostensteigerung) festgelegt.

c. **Mit 22 : 3 Stimmen**

Für die vhs wird ein Budget in Höhe von 198.330,00 € (Kürzung um 6.040,00 € = 3 % Kürzung) festgelegt.

E. Stadtbücherei im Luitpoldbau

a. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

a) SPD Stadtratsfraktion:

Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene ist aufgrund der Kürzung im vergangenen Jahr für die Beibehaltung der Budgetsumme.

b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein ist der Auffassung, dass eine 3 %ige Kürzung möglich sein muss.

c) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt ist aufgrund der Einsparungen im Vorjahr lediglich für eine Kürzung von 3 %.

d) FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp spricht sich für eine Kürzung von 3 % aus.

e) KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp spricht sich für keine Kürzung des Budgets der Stadtbücherei aus.

f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt ist für Beibehaltung der Budgetsumme.

b. **Mit 10 : 15 Stimmen**

Das Budget für die Stadtbücherei für 2005 wird nach den derzeit gültigen Budgetierungsregeln auf 205.240,00 € festgelegt.

c. **Mit 25 : 0 Stimmen**

Das Budget für die Stadtbücherei für 2005 wird nach den derzeit gültigen Budgetierungsregeln auf 199.083,00 € (3 % Kürzung) festgelegt.

F. Budget der Musikschule

a. Oberbürgermeister Moser teilt mit, dass Frau Reder den Vorschlag gemacht hat, ihr Budget pauschal auf 295.000,00 € (entspricht ca. 6 % Kürzung) festzulegen.

b. **Mit 25 : 0 Stimmen**

Das Budget der Musikschule für 2005 wird auf 295.000,00 € (entspricht ca. 6 % Kürzung) festgesetzt.

G. Budgetfestlegung der Touristinformation

a. Stadtrat Lux als Fremdenverkehrsreferent bezeichnet den Tourismus für die Stadt Kitzingen als lohnenswert und dieser sollte auch weiter vorrangetrieben werden. Daher sieht er es nicht für sinnvoll an, das Budget der Tourist-Info zu kürzen.

b. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

a) SPD Stadtratsfraktion:

Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene schließt sich den Äußerungen des Fremdenverkehrsreferenten an und ist für keine Kürzung.

- b) CSU-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Weiglein spricht sich für keine Kürzung aus.
- c) UsW-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Schmidt hält eine Kürzung von insgesamt 10 % für umsetzbar. Diese soll sich mit 6 % im Jahr 2005 und mit 4 % in 2006 aufteilen. Er regt zudem an, die unentgeltlichen Leistungen für Hotellerie und Gastronomie zu senken und zu versuchen die Einnahmen dadurch in diesem Bereich zu steigern.
- d) FBW-Stadtratsfraktion:
Stadträtin Wallrapp ist für die Beibehaltung der Budgetsumme. Sie hält es jedoch für sinnvoll, die Einnahmen in diesem Bereich zu steigern.
- e) KIK-Stadtratsgruppe:
Stadtrat Popp spricht sich für keine Kürzung im Tourismusbereich aus.
- f) ödp-Stadtratsgruppe:
Stadträtin Schmidt schließt sich den Äußerungen der UsW hinsichtlich der Einnahmen und der Kürzung an.

c. Mit 16 : 9 Stimmen

Das Budget der Touristinformation wird im Jahr 2005 auf 129.250,00 € festgesetzt. (Ausgaben: 137.350,00 € inkl. Fassadensanierung, Einnahmen: 8.100,00 €)

H. Budgetfestlegung der Grünanlagen und der Stadtgärtnerei

- a. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:
 - a) SPD Stadtratsfraktion:
Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene teilt mit, dass Herr Besch mit seinem Sachvortrag in der Sitzung des Finanzausschusses klar gemacht hat, in diesem Bereich keine Kürzung vornehmen zu können.
 - b) CSU-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Weiglein sieht derzeit kein Einsparpotential bei den Grünanlagen sowie bei der Stadtgärtnerei. Durch den konkreten Vorschlag in Zukunft Personal einzusparen, ist man in diesem Bereich auf einem guten Weg.
 - c) UsW-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Schmidt schließt sich den Äußerungen von Stadtrat Weiglein an.
 - d) FBW-Stadtratsfraktion:
Stadträtin Wallrapp meint, dass Herr Besch einen Vorschlag zur Einsparung gemacht hat, der jedoch erst in Zukunft umgesetzt werden kann. Derzeit sieht sie keinen Anlass das Budget zu kürzen.
 - e) KIK-Stadtratsgruppe:
Stadtrat Popp ist für die Beibehaltung des Budgets.
 - f) ödp-Stadtratsgruppe:
Stadträtin Schmidt ist derzeit für keine Kürzung im Bereich der Grünanlagen und der Stadtgärtnerei.

b. Mit 25 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Das Budget für die Grünanlagen (UA 5800), im Haushaltsjahr 2005, wird auf - 348.060,00 € Abgleich festgelegt. 100 % des im Haushaltsjahr 2004 entstandenen Minus von 5.320,19 € werden auf das Jahr 2005 übertragen. Die Übertragungssumme wird nach Vorliegen des endgültigen Rechnungsergebnisses von der Stadtkämmerei konkretisiert.

c. Mit 25 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Das Budget 2005 für die Stadtgärtnerei (UA 5821), wird im Haushaltsjahr 2005 auf 20.530,00 € Abgleich festgelegt. Von den externen Mehreinnahmen und die externen Minderausgaben aus 2004, in Höhe von 8.985,87 € werden 50 %, das sind 4.492,94 €, auf das Jahr 2005 übertragen. Die internen Mehreinnahmen in Höhe von 56.165,00 € werden nicht übertragen. Die genaue Höhe der Überträge wird von der Kämmerei nach dem endgültigen Rechnungsschluss geprüft und korrigiert.

I. Budgetierung Verkehrsüberwachung

a. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

- a) SPD Stadtratsfraktion:
Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene der Sachvortrag hat gezeigt, dass in diesem Bereich nicht gekürzt werden kann.
- b) CSU-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Weiglein spricht sich ebenso für keine Kürzung des Budgets aus.
- c) UsW-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Schmidt ist für keine Kürzung des Budgets. Er schlägt jedoch vor die Verwaltungsarbeit mit anderen Behörden auf eine Stelle zu Zentralisieren, um somit Kosten sparen zu können.
- d) FBW-Stadtratsfraktion:
Stadträtin Wachter ist für keine Kürzung und spricht sich ebenso für den UsW-Vorschlag aus.
- e) KIK-Stadtratsgruppe:
Stadtrat Popp ist für die vorgeschlagene Budgetsumme.
- f) ödp-Stadtratsgruppe:
Stadträtin Schmidt spricht sich für keine Kürzung aus.

b. Mit 25 : 0 Stimmen

Für das SG 31 VÜD – wird das Budget für das Haushaltsjahr 2005 auf 44.080,00 € (Einnahmen 109.000,00 € und bei den Ausgaben 153.080,00 €) festgesetzt.

J. Budgetierung der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Kitzingen

a. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

- a) SPD Stadtratsfraktion:
Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene sieht keine Möglichkeit im Bereich der Feuerwehren zu kürzen.
- b) CSU-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Weiglein sieht ebenso kein Kürzungspotenzial in diesem Budget.
- c) UsW-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Schmidt als Feuerwehrreferent bezeichnet die vorgetragene Personal- und Sachkosten als nicht kürzungsfähig, da diese zur ordnungsgemäßen Feuerwehrausübung benötigt werden. Er bittet zu überdenken, ob die Belastung des Budgets mit den Ausgaben für das Feuerwehrhaus in Hoheim sachgerecht ist.
- d) FBW-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Haag sieht keine Möglichkeit zu kürzen.
- e) KIK-Stadtratsgruppe:
Stadtrat Popp spricht sich für die ungekürzte Budgetsumme aus.
- f) ödp-Stadtratsgruppe:
Stadträtin Schmidt schließt sich ihren Vorrednern an.

c. Mit 25 : 0 Stimmen

Für die Freiwillige Feuerwehren der Stadt Kitzingen wird das Budget für das Haushaltsjahr 2005 auf 279.860,00 € festgesetzt.

K. Budgetfestsetzung 2005 für UA 0000 Oberste Gemeindeorgane, UA 0201 Hauptverwaltung, UA 0600 Allgemeine Verwaltung, Reinigungsmittel und Versicherungen

- a. Stadträtin Dr. Endres-Paul bittet aus Gründen der Gleichbehandlung, dass die Budgets, die derzeit keine Kürzungsszenario aufgestellt haben, ein solches bis zu den Haushaltsberatungen aufzustellen.
 Die Stadträte unterstützen den Vorschlag, da sie ebenfalls Einsparpotenzial sehen. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer weist darauf hin, dass es sich bei der Hauptverwaltung, der Steuerverwaltung und dem Forstbetrieb um Pflichtaufgaben handelt und hier das Kürzungspotential sehr gering ist.
Amtsrat Hartner teilt mit, dass die Personalkosten in seinem Bereich 80 % darstellen und hier sicher keine Einsparmöglichkeit gibt. Er weist jedoch darauf hin, dass im vergangenen Jahr bereits eine halbe Stelle eingespart worden und der Bereich „Feiern, Ehrungen, Geschenke“ von 16.000,00 € auf 12.000 € gekürzt worden ist. Amtsrat Hartner sichert die Szenarioaufstellung bis zu den Haushaltsberatungen zu. Er schließt jedoch das Budget der Versicherungen von einer Kürzung aus.

b. Ohne Abstimmung

Die Hauptverwaltung wird beauftragt, ein Kürzungsszenario von 3 % , 6 % bzw. 9 % aufzustellen. Die Entscheidung über die Budgetsumme wird bei den Haushaltsberatungen erfolgen.

L. Budgetierung des Sachgebietes Steuerverwaltung

- a. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass eine Einsparung in diesem Bereich nicht möglich ist. Die Personalkosten werden in Zukunft durch das Ausscheiden des Sachgebietsleiters sinken. Die Sachkosten, hauptsächlich EDV-Kosten, fallen auf-

grund der reinen Pflichtaufgaben an, die daher ebenso nicht gekürzt werden können.

b. Mit 25 : 1 Stimmen

Das Budget des Sachgebietes 22 – Steuerverwaltung – für 2005 wird auf 132.130,00 € festgesetzt.

M. Budgetfestlegung Amt 2, SG 232, Forstbetriebe

- a. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass durch die Arbeitszeitreduzierung des Forstbetriebswartes die Personalkosten gesenkt werden. Die Aufgaben, die dadurch nicht geschafft werden, müssen vom Bauhof bzw. Stadtgärtnerei zugekauft werden. Aus seiner Sicht, ist es daher möglich, das Budget von 52.840,00 € auf 50.000,00 zu kürzen.

b. Mit 26 : 0 Stimmen

Das Budget des UA 8551 – Forstbetrieb - für das Jahr 2005 wird auf 50.000,00 € festgesetzt.

N. Budgetierung des Stadtbauamtes ab 2005

- a. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

a) SPD Stadtratsfraktion:

Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene aufgrund der Budgetneubildung ist es schwierig abzuschätzen inwieweit das Budget für 2005 im Rahmen bleibt. Die SPD wird daher getrennt abstimmen.

b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein berichtet von Kennzahlen zur Bildung von Budgets. Er bittet um Prüfung, ob für Kitzingen solche existieren und um Überprüfung der Personalkosten.

c) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt hat seine Probleme mit den Personalkosten, da die Budgetansätze weit vom Jahresdurchschnitt der Vorjahre abweichen. Er spricht von einer Steigerung von über 100.000,00 € von 2003 auf 2005. Er bittet, die Zeit bis zu den Haushaltsberatung zu nutzen um die Abweichungen klären zu können. Des weiteren weist er auf die zurückgehenden Einnahmen in der Bauplanung hin, und empfindet den Personaleinsatz in diesem Bereich zu hoch.

Amtsärztin Erdel weist hinsichtlich der Ansätze darauf hin, dass es drei Gründe für die Erhöhung gibt. Neben der tariflichen Steigerung sind dies die Umsetzung des ehemaligen Sachgebietsleiters Liegenschaften in das Bauamt sowie die Altersteilzeit-Freistellungsphase der Betragssachbearbeiterin und die gleichzeitige Neubesetzung der Stelle.

Hinsichtlich der Baugenehmigung teilt Berufsmäßiger Stadtrat Groß mit, dass diese zwar in den letzten Jahren zurückgegangen sind, jedoch beispielsweise das Genehmigungsverfahren der Realschule nicht verrechnet werden darf, dies aber einen enormen Personaleinsatz erfordert.

d) FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wachter ist der Meinung, das Budget in diesem Umfang zu beschließen. Mit Ablauf des Jahres hat man Gewissheit, inwieweit die Budgetsumme richtig gewesen ist. Die Erfahrungen sind bei der Budgetfestsetzung für 2006 zu verwenden.

e) KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp ist der Meinung, dass die Personalkosten vorhanden sind, auch wenn das Bauamt nicht budgetiert werden sollte und man daher die Budgetsumme beschließen kann.

f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt ist bekannt, dass bei der Budgetneubildung, nach Ermittlung des Jahresdurchschnittes pauschal 5 % abgezogen werden. Sie möchte wissen, ob dies hier ebenso erfolgt ist.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer teilt mit, dass dies vor Jahren zu Beginn der Budgetierung generell angedacht gewesen ist, sich jedoch als Wunschvorstellung entpuppt hat.

b. Mit 19 : 7 Stimmen

1. Der UA 6001 (Allgemeine Bauverwaltung) wird ab dem Haushaltsjahr 2005 budgetiert.

Die Budgethöhe wird auf 272.060 € festgelegt.

Das Budget umfasst alle Haushaltsstellen des Verwaltungshaushaltes außer den Haushaltsstellen

6001.1010/4590.

2. Der UA 6011 (Hochbauverwaltung) wird ab dem Haushaltsjahr 2005 budgetiert.

Die Budgethöhe wird auf 182.830 € festgelegt.

Das Budget umfasst alle Haushaltsstellen des Verwaltungshaushaltes außer der Haushaltsstelle

6011.4590.

3. Der UA 6021 (Tiefbauverwaltung) wird ab dem Haushaltsjahr 2005 budgetiert.

Die Budgethöhe wird auf 197.590 € festgelegt.

Das Budget umfasst alle Haushaltsstellen des Verwaltungshaushaltes außer der Haushaltsstelle

6021.4590.

4. Der UA 6101 (Orts- und Regionalplanung sowie Planung Altstadtsanierung) wird ab dem Haushaltsjahr 2005 budgetiert.

Die Budgethöhe wird auf 189.810 € festgelegt.

Das Budget umfasst alle Haushaltsstellen des Verwaltungshaushaltes außer

den Haushaltsstellen

6101.1710/4590.

5. Der UA 6131 (Bauordnung) wird ab dem Haushaltsjahr 2005 budgetiert.

Die Budgethöhe wird auf 130.230 € festgelegt.

Das Budget umfasst alle Haushaltsstellen des Verwaltungshaushaltes außer der Haushaltsstelle

6131.4590.

Für alle Unterabschnitte (UA) gilt, dass die Beihilfe (... 4590) nicht budgetierbar ist, da hier Beamtenbeihilfen enthalten sind, die nicht kalkulierbar sind. Ursache hierfür sind vor allem die Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger, die dem jeweiligen UA im Verhältnis der aktiven Beamten zugerechnet werden.

4. 1. BGVNr. 16/05 (Bauvoranfrage)
Sanierung/Umbau und Aufstockung AOK-Geschäftsstelle Kitzingen (Variante A), Fl. Nr. 1281, Paul-Eber-Str. 6, Gemarkung Kitzingen
Antragsteller: AOK Bayern, Würzburg

2. BGVNr. 17/05 (Bauvoranfrage)
Sanierung/Umbau und Aufstockung AOK-Geschäftsstelle Kitzingen (Variante B), Fl. Nr. 1281, Paul-Eber-Str. 6, Gemarkung Kitzingen
Antragsteller: AOK Bayern, Würzburg

- A. Dipl. – Ing. Lepelmann geht auf beide Varianten ausführlich ein.
Berufsmäßiger Stadtrat Groß weist hinsichtlich der Vorgehensweise daraufhin, dass beide Varianten Genehmigungsfähig sind, jedoch nach der Nachbarbeteiligung man sich für die jeweilig mögliche Variante entscheiden wird.
Die Stadtratsmitglieder äußern sich durchwegs wohlwollend zu dem Vorhaben, da nach dem Umbau ca. 70 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.

B. Mit 26 : 0 Stimmen

- A) BGVNr. 16/05
Die bauaufsichtliche Genehmigung zur Sanierung/Umbau und Aufstockung der AOK-Geschäftsstelle Kitzingen gem. Variante A auf Fl. Nr. 1281, Paul-Eber-Str. 6, Gemarkung Kitzingen, durch die AOK Bayern wird in Aussicht gestellt.
- B) BGVNr. 17/05
Die bauaufsichtliche Genehmigung zur Sanierung/Umbau und Aufstockung der AOK-Geschäftsstelle Kitzingen gem. Variante B auf Fl. Nr. 1281, Paul-Eber-Str. 6, Gemarkung Kitzingen, durch die AOK Bayern wird in Aussicht gestellt.

5. Erlass einer Rechtsverordnung nach § 14 des Ladenschlussgesetzes

Mit 26 : 0 Stimmen

Die Große Kreisstadt Kitzingen erlässt folgende, der Niederschrift als wesentlicher Bestandteil beiliegende Verordnung über die Freigabe von Verkaufssonntagen und die Frei-

gabe von Verkaufszeiten während des allgemeinen Ladenschlusses gemäß § 14 des Ladenschlussgesetzes (siehe Anlage).

6. Budgetfestlegung des Bauhofes ab 2005

A. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

a. SPD Stadtratsfraktion:

Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene ist der Meinung, dass das neue Budget mit Unwägbarkeiten verbunden ist und man daher der Budgetsumme zustimmen sollte.

b. CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein gibt seine Zustimmung für die Budgetsumme und ist der Meinung, dass man sich von Städten vergleichbarer Größe zum Vergleich Zahlen einholt.

c. UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt kann dem Budget ebenso uustimmen. Er möchte jedoch die Anregung aus der Finanzausschusssitzung nochmals aufgreifen, laut der die Fremdnutzer im Bauhof Miete zahlen müssen, um somit die Einnahmen des Bauhofs zu steigern.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß teilt mit, dass der Vorschlag dahingehend bereits aufgenommen worden ist.

d. FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wachter gibt die Zustimmung zur Budgetsumme.

e. KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp ist mit der Budgetsumme einverstanden.

f. ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt schließt sich ihren Vorrednern an.

B. **25 : 1 Stimmen**

Der UA 7711 (Bauhof) wird ab dem Haushaltsjahr 2005 budgetiert.
Die Budgethöhe wird auf 250.000,00 € festgelegt.

7. Budgetierung der Städtischen Sportanlagen im Haushaltsjahr 2005

A. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

a. SPD Stadtratsfraktion:

Stadtrat Dr. v. Hoyningen-Huene ist mit der Budgetsumme einverstanden.

b. CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein ist der Meinung, das Budget in dieser Form zu beschließen.

c. UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt gibt sein Einverständnis.

d. FBW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp ist mit der Budgetsumme einverstanden.

e. KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp schließt sich den Vorrednern an.

f. ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt erklärt ihr Einverständnis zur vorgetragenen Budgetsumme.

B. Mit 26 : 0 Stimmen

Im Haushaltsjahr 2005 werden für die Städtischen Sportanlagen folgende Budgets festgelegt:

UA 2140	Sportanlage Deusterpark	22.550 €
UA 2141	Sportanlage Siedlungsschulen	24.200 €
UA 5601	Sportanlage Etwashausen	2.460 €
UA 5602	Freisportanlage Sportzentrum im Sickergrund	21.000 €
UA 5603	Sonstige Sportanlagen = Florian-Geyer-Platz	11.500 €
UA 5651	Florian-Geyer-Halle (auch ohne ...6620)	12.900 €

Die Budgets in den genannten Budgethöhen umfassen alle Haushaltsstellen des Verwaltungshaushaltes dieser Unterabschnitte außer den jeweiligen Haushaltsstellen 0.xxxx.1555 „Umsatzsteuer Rückvergütung, abziehbar Vorsteuer aus Investitionen“ (Einnahmen) und 0.xxxx.6410 „Umsatzsteuer und dgl.“ (Ausgaben).

UA 5652	Dreifachsporthalle im Sickergrund	24.890 €
---------	-----------------------------------	----------

Dieses Budget umfasst alle Haushaltsstellen des Verwaltungshaushaltes UA 5652 außer den Haushaltsstellen 0.5652.1555, 0.5652.6410 und 0.5652.6790.

8. Städtischer Zuschuss an den Stadtmarketingverein

A. Mit 25 : 1 Stimmen

1. Die Stadt Kitzingen leistet auch über 2005 hinaus einen Zuschuss an den Stadtmarketingverein
2. Der Zuschuss entspricht für 2006 unverändert der Höhe der Mitgliedsbeiträge, jedoch max. 45.000,00 €.

B. Stadträtin Wallrapp erinnert an den vorgeschlagenen Bericht zur zweiten Jahreshälfte seitens des Stadtmarketingvereins.
Oberbürgermeister Moser teilt mit, dass diese Anregung bereits aufgenommen wurde.

9. Antrag von Stadträtin Schwab

Erstellung eines Wortprotokolls zum Punkt

„Luise Walter“ aus der Verwaltungs- und Bauausschusssitzung vom 23.11.2004

Mit 26 : 0 Stimmen

Dem Antrag von Stadträtin Schwab auf Erstellung eines Wortprotokolls wird stattgegeben.

10. Anfrage von Stadträtin Schmidt
Beschluss zur Bushaltestelle mit Wartehäuschen in Hohenfeld;
Finanzausschusssitzung vom 27.01.2005

Stadträtin Schmidt teilt mit, dass es vermehrt Protest hinsichtlich des genannten Beschlusses gegeben hat. Sie stellt fest, dass der Finanzausschuss nicht das zuständige Organ gewesen sei und die Kompetenz hierbei beim Verwaltungs- und Bauausschuss liegt. Außerdem äußert sie ihren Unmut, dass Stadträtin Stocker, die in der Finanzausschusssitzung seitens der Mitglieder das Rederecht als Hohenfelderin zugesprochen bekam, die örtlichen Verhältnisse falsch dargelegt hat.

Stadträtin Schmidt bittet den Beschluss vom Finanzausschuss vom 27.01.2005 aufzuheben und im Verwaltungs- und Bauausschuss die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung am 15.03.2005 zu setzen.

Oberbürgermeister Moser sieht keinen Anlass den Beschluss zu revidieren, weil die Lösung in Absprache mit dem Elternbeirat, der Polizei und dem Schulverband herbeigeführt worden ist. Er besteht demnach keinen sachlicher Grund um den Punkt nochmals zu behandeln.

Stadtrat Heisel und Stadträtin Richter äußern ihren Unmut über die Vorgehensweise.

11. Anfrage von Stadtrat Schmidt
Sachstand Anwesen BauGmbH, Karlbader Str.

Stadtrat Schmidt informiert sich über den Sachstand, da Oberbürgermeister Moser eine Lösung des Problems bis Mitte Februar als möglich angesehen hat.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer kann hinsichtlich der Trittschalprobleme keine neuen Informationen geben. Hinsichtlich der Räumungsklage teilt er mit, dass die Stadt Kitzingen in einem Versäumnisurteil Recht bekommen hat. Seitens des Rechtsanwaltes wird nun die Zwangsräumung angeordnet, deren Zuständigkeit beim Gerichtsvollzieher liegt. Er teilt mit, dass die BauGmbH weiterhin die Rechtsweg einhalten muss.

Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung um 21.15 Uhr.

Oberbürgermeister
 gez.
 Moser

Protokollführer
 gez.
 Müller